



SITZUNGSVORLAGE
M 2019/500/4244

Fachbereich/Aktenzeichen

Datum

öffentlich

Fachdienst Soziales, Familien,
Senioren

01.03.2019

Gröver, Mechthild

Beratungsfolge

Zuständigkeit

Termin

Ausschuss für Familien und Soziales

Kenntnisnahme

21.03.2019

Sachbericht Asyl

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Sachverhalt:

1. Aufwendungen 2018 im Bereich Asyl – Kostenbeteiligung des Landes an den Flüchtlingskosten der Kommunen (FlüAG-Pauschale)

Seit August 2018 liegen detaillierte Aussagen zu den kommunalen Kosten der Unterbringung und Versorgung für Flüchtlinge vor, dennoch ist die monatliche Flüchtlingspauschale von 866 €/Person bisher nicht auf die notwendige Pauschale von rd. 1075 €/Person rückwirkend zum 01.01.2018 angehoben worden.

Weiterhin offen ist auch die Entscheidung zur Forderung der Kommunen, die Kostenerstattung für geduldete Flüchtlinge nicht länger auf drei Monate nach Eintritt der vollziehbaren Ausreisepflicht zu begrenzen, sondern auf die gesamte Aufenthaltsdauer bis zur endgültigen Ausreise auszudehnen. Ebenfalls nicht abschließend geklärt ist die Entscheidung zur vollständigen Weiterleitung der Integrationspauschale des Bundes an die Kommunen.

Realisiert werden konnte im Rahmen der monatlichen FlüAG-Abrechnungen eine Nachforderung für

die Abrechnung 2017 in Höhe von 105.652 Euro. Hintergrund waren in den Abrechnungen 2017 zurückgestellte Personen, weil Unstimmigkeiten bei Eintragungen im Ausländerzentralregister (AZR) zum Stand der laufenden Asylverfahren vorhanden waren.

Als Kostenerstattung für Integrationsaufwendungen für den Zeitraum 2015 - 2018 hat die Stadt Oelde anteilig aus der Weiterleitung der Integrationspauschale des Bundes 146.003 € erhalten, wodurch jedoch nur ein Teil des entstandenen Aufwandes (u.a. Kosten der Betreuung) refinanziert wurde.

Zusammenstellung Aufwand Asyl 2018

Im Rahmen der laufenden Asylbewerberleistungen muss die Stadt Oelde Aufwendungen für Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Versorgung mit Wohnraum, soziale Betreuung erbringen. Das Zahlenmaterial für den Gesamtaufwand 2018 liegt zur Zeit noch nicht vollständig vor; die Zusammenstellung wird daher erst in der Sitzung präsentiert werden können.

2. Situation in den Unterkünften – Kapazitätenplanung 2018 und Folgejahre

Die Renovierungsarbeiten am Gebäude Im Kessel 13 ziehen sich bis voraussichtlich mindestens Herbst 2019 hin, wodurch sich geplante Auszüge anerkannter Personen aus den Übergangwohnheimen verschieben werden. Die Lambertus-Schule übernimmt den Gebäudetrakt an der Schulstraße ab Schuljahr 2019/2020 wieder für den Schulbetrieb und der Mietvertrag für das Gebäude Am Landhagen 94 wurde beendet.

Die Kapazitäten in den Flüchtlingsunterkünften wurden damit um 190 Plätze auf nunmehr 345 Plätze in städtischen und angemieteten Gebäuden reduziert (Bestand vorher: 535 Plätze).

Vorübergehend für die Unterbringung von Flüchtlingen gewidmet und genutzt werden sollen das Doppelhaus an der Wiedenbrücker Straße 15 und 17 (ehemalige Betriebsleiterwohnungen Klärwerk) und die beiden ehemaligen Hausmeisterwohnungen am Jahnstadion/Kreuzstraße 22.

Am Stichtag 26.02.2019 waren die Regelplätze in den Übergangwohnheimen und in angemieteten Privatwohnungen zu etwa 66% belegt. Diese Belegungsquote liegt leicht über der im letzten Ausschuss genannten Höchstbelegungsquote von 65% (der Referenzwert der 100%igen Belegungsquote wurde während der Zeit der starken Zuwanderung 2015/16 festgelegt und bedeutet einen Wohnraumsanspruch von ca. 6 qm pro Person).

Aktuell liegen Zuweisungen für acht Personen (vier Erwachsene, 4 Kleinkinder) vor. Diverse Abschiebungen sind gescheitert, so dass diese Flüchtlinge zunächst weiter in Oelde bleiben werden und Wohnraum benötigen.

Im Augenblick lässt sich eine beengte Belegung in den Unterkünften daher nicht vermeiden.

3. Integration

Nach Hinweisen der Ausbildungsbetriebe und auf Wunsch von Auszubildenden ist ein mit städtischen Mitteln finanzierter Ergänzungskurs Mathematik und Office-Programme für Auszubildende an der VHS gestartet. Hier zeichnet sich ein dauerhaft notwendiger Bedarf ab, weil die meisten Auszubildenden eine Begleitung und ergänzenden Unterricht benötigen.

Die Stadt Oelde beteiligt sich als einzige Kommune aus dem Kreis an der Landesinitiative „Gemeinsam klappt's“, die das Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration (MKFFI) angestoßen hat. Die Initiative wird von den Ministerien für Schule und Bildung, Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie unterstützt. Ziel ist es,

für junge Flüchtlinge im Alter von 18 – 27 Jahren eine Ausbildungsperspektive unabhängig von Aufenthaltsstatus und -aussichten zu schaffen. Dazu ist es notwendig, Beteiligte verschiedener Ressorts einzubinden. In einem ersten Schritt sollen die Bedarfe der jungen Flüchtlinge, der Ausbildungsbetriebe etc. ermittelt und vorhandene professionelle und ehrenamtliche Angebote der verschiedenen Beratungs- und Fortbildungsträger gesichtet werden. Weiterhin sollen aus den Ergebnissen der Landesinitiative künftige Förderbedarfe für junge Flüchtlinge eruiert werden. Landesmittel für eine notwendige Betreuung der Flüchtlinge sind in Aussicht gestellt.

Nach den ersten Treffen zeigt sich, dass die Stadt Oelde mit ihrem Konzept der engen Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge und den dadurch hohen Vermittlungserfolgen in Arbeit und Ausbildung im Vergleich zu anderen Kommunen landesweit sehr gut dasteht und bereits einen großen Teil der Förderbedarfe abdeckt.

Aus dem Bereich Asyl zählen 72 Personen (= rd. 42 % aller Asylbewerber) zu diesem Personenkreis sowie vier unbegleitete Minderjährige über 18 Jahre, die noch vom Jugendamt betreut werden.